SIBYLLE DISCHLER

Landvertreibung zu Zwecken der wirtschaftlichen Entwicklung in Postkonfliktstaaten

Eine Analyse der menschenrechtlich garantierten Land-, Eigentums- und Wohnrechte und der daraus abzuleitenden staatlichen Schutzpflichten; dargestellt am Beispiel Kambodschas

Inhaltsverzeichnis

Vorwort und Dank	V
Inhaltsverzeichnis	VI
Literatur- und Quellenverzeichnis	XV
Abkürzungsverzeichnis	XXXVI
Einleitung	1
Erster Teil: Faktische Aspekte und rechtlicher Kontext von Landvertreibungen zu wirtschaftlichen Zwecken in Postkonfliktstaaten	7
§ 1. Einleitung	
§ 2. Kontextualisierung des Arbeitsgegenstandes	10
I. Der Begriff der Landvertreibung	10
1. Abgrenzung zur Enteignung, Zwangsräumung und Zwangsumsiedlung	10
Landvertreibung als nicht freiwillige Räumung oder erzwungenes Verlassen von Grund und Boden	11
a. Landvertreibung als faktischer Vorgang	11
b. Zugrundeliegende Eigentums- oder Besitzrechte und Folgen	11
c. Das Zwangselement	12
3. Zwischenfazit	13
II. Der Zweck der wirtschaftlichen Entwicklung	13
Die "Ressource Land" als wirtschaftliches Gut	13
2. Beteiligte Akteure und Motive für die Landtransaktion	15
a. Private und staatliche Akteure	15
b. Interessen, insbesondere des landabtretenden Gaststaats	17
3. Rechtliche Implikationen	19
4. Zwischenfazit	19
III. Die Besonderheiten des Postkonflikt-Kontexts	20
§ 3. Landvertreibungen: Ursachen und Faktoren dargestellt an Kambodscha	25

I.	Einleitung	25
II.	Ausmass und betroffene Bevölkerungsgruppen	26
III	. Historischer Kontext und rechtliche Entwicklungen im Landbereich	28
IV	. Grossflächige Landtransaktionen zu Gunsten privater Unternehmen	35
	1. Landerwerb zur industriellen oder landwirtschaftlichen Nutzung	35
	2. Urbane Bauprojekte	38
V.	Vertreibungsvorgang und Formen der Vertreibung.	40
	1. Vertreibung im Rahmen des einsetzenden Verhandlungsprozesses	40
	2. Zwangsräumungen	44
	3. Indirekte Vertreibungen	45
	4. Zwischenfazit	45
VI	. Die Rolle von Wirtschafts- und Eigentumsreformen im Zusammenhang mit wirtschaftlichen und sozialen Entwicklungen	46
	1. Hintergrund	46
	2. Einführung von Eigentumstiteln und der Schutz von Grundbesitzverhältnissen.	47
	Landregistrierung in Kambodscha und die Rolle internationaler Finanzinstitutionen	48
	4. Wirtschaftliche Entwicklung und das Problem der Grundbesitzlosigkeit	53
	5. Zwischenfazit	55
§ 4.	Landerwerb und Unrechtmässigkeit der Vertreibung	56
I.	Ausgangslage	56
II.	Rechtliche Rahmenbedingungen	57
	1. Die Bestimmung von rechtmässigem oder unrechtmässigem Grundbesitz	57
	2. Rechtspluralismus und Mängel in der Rechtsdurchsetzung	59
	3. Rechtsstaatliche Defizite und unverhältnismässige staatliche Gewalt	61
III	. Besondere Gesichtspunkte bei Vertreibungen durch Hoheitsakt oder öffentlich-rechtlichen Vertrag	62
ΙV	. Besondere Gesichtspunkte bei Vertreibungen durch Rechtsgeschäft	64

V.	Zwische	nfazi	t	65
§ 5.	Schlussfo	olgeru	ngen	66
Zwei der v	iter Teil: virtschaft	Mens licher	chenrechtliche Aspekte von Landvertreibungen zu Zwecken n Entwicklung in Postkonfliktstaaten	69
§ 1.	Ausgang	slage.		69
§ 2.	Rechtsqu	ellen	des Menschenrechtssystems	71
I.	Berühru	ngspu	ınkte mit anderen Rechtsgebieten	71
			g im Flüchtlingsrecht, humanitären Völkerrecht und Völker-	71
	2. Wirts	chafts	svölkerrecht	73
II.	Relevan	te Red	chtsquellen und Organe	74
	1. Rech	tsquel	len des Menschenrechtssystems	74
	2. Völke	ervert	ragsrechtliche Menschenrechtsinstrumente	75
	a.		verselle Menschenrechtsverträge und ihre Überwachungs- hanismen	75
	b.	Regi	onale Menschenrechtsverträge und ihre Überwachungsorgane	77
	3. Völke	ergew	ohnheitsrecht	80
	4. Relev	ante l	Bestimmungen des soft law	80
	a.	Leitp	prinzipien zum Schutz von Land-, Eigentums- und Wohnrechten	80
		aa.	Forced Eviction-Guidelines und Guiding Principles on Security of Tenure of the Urban Poor	81
		ab.	Guiding Principles on Internal Displacement und Principles for Housing and Property Restitution for Refugees and Displaced Persons	82
		ac.	Guiding Principles on business and human rights	83
		ad.	Richtlinien internationaler und regionaler Finanzinstitutionen und der Welternährungsorganisation	84
	b.	Verb	sindlichkeit und Stellung des soft law im Völkerrecht	85
§ 3.	Umfang 1	nensc	henrechtlich garantierter Land-, Eigentums- und Wohnrechte	87
I.	Das Rec	ht auf	Eigentum	87

	1. Ein immer noch umstrittenes Menschenrecht?	87
	2. Rechtliche Verankerung auf universeller Ebene	89
	3. Rechtliche Verankerung auf regionaler Ebene	93
	4. Gewohnheitsrechtlicher Charakter	96
II.	Das Recht auf eine angemessene Unterkunft	97
	1. Rechtliche Verankerung auf universeller Ebene	97
	2. Rechtliche Verankerung auf regionaler Ebene	98
	3. Das Recht auf eine angemessene Unterkunft, ein nicht durchsetzbares Recht?	100
III.	. Das Recht auf Privatleben	103
IV	. Weitere relevante Menschenrechte	104
	1. Das Recht auf Niederlassungs- und Bewegungsfreiheit	104
	Das Recht auf Leben, das Verbot vor unmenschlicher oder erniedrigender Behandlung sowie der Schutz der körperlichen Unversehrtheit	105
	3. Das Recht auf Nahrung und weitere Subsistenzrechte	106
	4. Verfahrensrechte, inklusive Teilhabe- und Informationsrechte	107
	Das Verbot der Willkür und der Diskriminierung sowie der besondere Schutz von Minderheiten	111
	a. Das Willkürverbot	111
	b. Das Gleichbehandlungsgebot und das Diskriminierungsverbot	112
	c. Minderheitenschutz, insbesondere Schutz indigener Völker	114
V.	Zwischenfazit	116
§ 4.	Rechtliche Grundsätze zum Schutz vor Landvertreibungen im Besonderen	116
I.	Einleitung	116
II.	Schutz vor Landvertreibung infolge unrechtmässiger Eingriffe in die Eigentumsgarantie	117
	1. Ausgangslage	117
	2. Bestehender Schutzbereich gemäss EMRK	118
	a. Geschützte Rechtspositionen	118

			aa.	Der Schutz von eigentumsähnlichen Rechtspositionen und Nutzungsrechten	118
			ab.	Geschützte Rechtspositionen nach Krieg oder gewaltbedingter Vertreibung	121
		b.	Vorl	liegen eines Eingriffs in die geschützten Rechtspositionen	. 124
	3.	Anfor	derui	ngen an die Rechtmässigkeit eines Eingriffes	. 126
		a.	Recl	ntswidriger oder willkürlicher Eingriff	. 126
		b.	Kon	kretisierung des öffentlichen Interessens	. 127
		c.	Kon	kretisierung der Verhältnismässigkeit	. 129
			ca.	Einschränkungen der Eigentumsgarantie zu Gunsten sozialer Interessen	130
			cb.	Die Abwägung zwischen Eigentums-, Wohn- und Rückkehransprüchen von IDPs	132
			cc.	Prinzip der Entschädigungspflicht bei Enteignungen	134
		d.	Recl	htsfolgen einer festgestellten Verletzung	. 137
Der besondere Schutz von Kollektiveigentum indigener Völker gemäss IAGMR				. 138	
		a.	Ges	chütztes Rechtsgut und Eingriff	. 138
		b.	Anfo	orderungen an die Rechtmässigkeit eines Eingriffs	. 140
			ba.	Gesetzliche Anerkennung versus effektiver Schutz	140
			bb.	Abwägung von kollektiven versus privaten Eigentumsrechten	141
		c.	Rec	htsfolgen einer festgestellten Rechtsverletzung	. 143
	5.	Zwise	chenf	azit	. 143
III.	. Sc	chutz v	or La	andvertreibung infolge unrechtmässiger Zwangsräumung	. 145
	1.	Ausg	angsl	age	. 145
	2.	Beste		er Schutzbereich	
		a.	Ges	chützte Rechtspositionen	. 146
		b.	Eing	griff in die geschützte Rechtsposition	. 146
		c.	Das	Zwangselement	. 147

3.	Anfor	derungen an die Rechtmässigkeit einer Zwangsräumung 148	3	
	a.	a. Allgemeines		
	b.	Anforderungen gemäss dem Ministerkomitee des Europarates zur Einhaltung des Rechts auf Wohnen und der Interamerikanischen Kommission für Menschenrechte in Bezug auf IDPs	9	
	c.	Unrechtmässiger Eingriff in das Recht auf Privatleben)	
		ca. Gesetzliche Grundlage und Willkürverbot 150)	
		cb. Konkretisierung des öffentlichen Interesses 153	1	
		cc. Konkretisierung der Verhältnismässigkeit	1	
	d.	Anforderungen gemäss den Forced Eviction-Guidelines und weiteren soft law-Bestimmungen	5	
4.	Folge	n einer festgestellten Rechtsverletzung	6	
5.	Zwisc	chenfazit	8	
		or Landvertreibung infolge grossangelegter Entwicklungsprojekte erer Bau- oder Investitionsprojekte159	9	
1.	Ausg	angslage159	9	
2.		rderungen an die Rechtmässigkeit grossangelegter Entwicklungs- kte16	1	
	a.	Allgemeines	1	
	b. Konkretisierung der Verhältnismässigkeit 1			
		ba. Das Erfordernis der Konsultation, des "free, prior and informed consent" sowie weitere prozedurale Voraussetzungen 166	2	
		bb. Entschädigungsanspruch, insbesondere von Inhabern sogenannt "informeller Eigentumsrechte" 160	6	
3.		chenrechtliche Standards bezüglich anderer Bau- und Investitions- kte17	0	
	a.	Vorbemerkung	0	
	b.	Anforderungen an die Rechtmässigkeit	2	
4.	Wirts	chaftsbedingte Vertreibung als Binnenvertreibung? 17-	4	
5.	Zwise	chenfazit	7	
§ 5. Sc	hlussfo	olgerungen17	7	

Dritter Teil: Staatliche Schutz- und Präventionspflichten zur Verhinderung von Vertreibungen zu wirtschaftlichen Zwecken	180
§ 1. Ausgangslage	180
§ 2. Das "duty to protect"-Konzept im Zusammenhang mit Eigentums-, Wohn- und Landrechten	181
1. Die "duty to protect" im Allgemeinen	181
Präventionsgerichtete Schutzpflichten im Rahmen von Land-, Eigentums- und Wohnrechten	182
§ 3. Staatliche Präventions- und Schutzpflichten	185
I. Ausgangslage	185
II. Die Pflicht zum Schutz besonders verletzlicher Personengruppen	186
III. Die Pflicht zum Ausgleich kollidierender Interessen	187
1. Die Pflicht zur Definition des öffentlichen Interesses	187
Verhältnismässigkeit und Pflicht zur Gewährung von Verfahrens- und Beteiligungsrechten	190
a. Allgemeines und Problem der eingeschränkten Rechtsstaatlichkeit	190
b. Pflicht zu Transparenz und Information	191
c. Pflicht zur Einräumung von Beteiligungs- und Mitwirkungsrechten	193
Die Pflicht zum Ausgleich ungleicher Verhandlungspositionen im Rahmen grossangelegter Investitionsprojekte im Besonderen	195
4. Eine Pflicht zur Formalisierung von Eigentumsrechten?	198
IV. Das Problem von Notverkäufen und rechtsgeschäftsähnlichen Vertreibungen	200
V. Pflicht zur Schaffung von Zugang versus Pflicht zum Schutz	203
1. Zugang versus Schutz	203
2. Die soziale Funktion des Rechts auf Eigentum	204
Die Pflicht zur Sicherstellung der Rückkehr an den ursprünglichen Wohnort oder einer Alternativunterkunft als Schutz vor Vertreibung zu wirtschaftlichen Zwecken	205
§ 4. Schlussfolgerungen	
Schlussbemerkungen	209
ω	